



2020/12 dschungel

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/12/sammeln-von-maennern-um-soldaten-daraus-zu-machen>

Vor 100 Jahren fand der Kapp-Putsch statt

»Sammeln von Männern, um Soldaten daraus zu machen«

Von **Holger Pauler**

Vor 100 Jahren: Kurz nach ihrer Gründung wurde die Weimarer Republik von Rechtsextremen bedroht. Im März 1920 zettelten die Feinde der ersten Republik einen Staatsstreich an. Der Kapp-Putsch scheiterte zwar, doch die Nationalsozialisten profitierten politisch davon.

Angriffe auf die Demokratie von rechts haben in Deutschland Tradition: Vor 100 Jahren, am 13. März 1920, versuchten rechtsextreme Offiziere, Politiker und einflussreiche Vertreter der Wirtschaft und Medien die Regierung von Reichskanzler Friedrich Ebert (SPD) gewaltsam zu stürzen. »Was als ›Kapp Putsch‹ oder ›Lüttwitz-Kapp Putsch‹ in die Geschichte einging, war die erste konzertierte Aktion der nationalen Rechten«, sagt der Historiker Daniel Siemens, Professor für europäische Geschichte an der Universität Newcastle in Großbritannien. Knapp anderthalb Jahre nach ihrer Proklamation war die erste Republik in Deutschland stark gefährdet und konnte nur gerettet werden, weil Teile der Armee sich auf die Seite der Regierung stellten und vor allem Gewerkschaften, Beamte und Angestellte mit einem Generalstreik das öffentliche Leben stilllegten und die Putschisten isolierten. Nach nur vier Tagen war der Aufstand beendet.

Gemeinsames Ziel von Teilen der Armee, Politik und Industrie war es, die Republik zu schwächen und durch eine autoritäre Ordnung zu ersetzen.

Der »Kapp-Putsch« war nicht der erste Angriff auf die Weimarer Republik. »Die Demokratie stand mit Beginn ihrer Ausrufung am 9. November 1918 unter Dauerfeuer«, so Siemens. 1919 habe es bereits den »Spartakusaufstand« der extremen Linken gegeben, der mit Hilfe der Reichswehr und Freikorps, die sich später in Teilen gegen die Regierung stellten, niedergeschlagen wurde. Das Gleiche wiederholte sich bei der Münchner Räterepublik.

Die Konterrevolution hatte sich zu diesem frühen Zeitpunkt bereits formiert: Auf den Waffenstillstandsvertrag von Compiègne vom 11. November 1918 reagierte die Oberste

Heeresleitung mit der Verbreitung der »Dolchstoßlegende«, die besagte, dass das »deutsche Heer« im Weltkrieg »im Felde unbesiegt« geblieben sei und erst durch oppositionelle »vaterlandslose« Zivilisten aus der Heimat einen »Dolchstoß von hinten« erhalten habe. Der am 26. Juni unterzeichnete »Friedensvertrag von Versailles« wurde schließlich als »Schanddiktat« bezeichnet, das von den »Novemberbrechern« unterzeichnet worden war. Sozialdemokraten und andere demokratische Politiker wurden gleichermaßen beschuldigt wie die »Bolschewistischen« oder das »Weltjudentum«.

Als Folge des Versailler Vertrags wurde die Reichswehr von 400 000 auf 100 000 Mann reduziert, die meisten Freikorps wurden aufgelöst. »Viele Offiziere und Soldaten höherer Dienstränge fühlten sich doppelt verraten. Einerseits wollten sie die militärische Niederlage nicht akzeptieren, andererseits standen gerade viele Berufssoldaten nach der Umsetzung des Versailler Vertrages vor dem Verlust ihrer beruflichen Existenz«, so Siemens.

Auch wenn der Kapp-Putsch bei Vertretern der Neuen Rechten nicht als Erfolgsgeschichte gilt, so beziehen sie sich positiv auf Männer wie Gerhard Roßbach, der mit dem »Freikorps Roßbach« während des Putsches an der Ruhr und in Schlesien kämpfte.

Gemeinsames Ziel von Teilen der Armee, Politik und Industrie war es fortan, die Republik zu schwächen und durch eine autoritäre Ordnung zu ersetzen. Ihnen kam dabei zugute, dass sich die Regierung auf die Unterstützung der Freikorps angewiesen sah. »Im Baltikum und in Schlesien kämpften sie gegen die Sowjetunion und polnische Nationalisten. Diese vermeintliche Verteidigung deutscher Interessen war bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein zustimmungsfähig«, sagt Siemens. Rechte Umtriebe in Teilen der Reichswehr und der Freikorps seien von der Regierung zwar wahrgenommen worden, aber man habe es als zwingend angesehen, sich auf ihre Dienste zu verlassen. »Das Kabinett spielte zunächst auf Zeit und hoffte, dass sich der demokratische Geist auch im Militär mittelfristig durchsetzen würde«, so Siemens.

Eine naive Hoffnung, schließlich waren bei Armee, Polizei und Justiz auch nach dem 9. November 1918 mehrheitlich immer noch Personen tätig, die dem Kaiserreich nachtrauerten und zum Teil offene Sympathien für die Gegner der Republik hegten. »Die Demokratie wurde von ihnen als schwach wahrgenommen. Das Militär stand nur in Teilen loyal zur Republik und nicht wenige sahen mit dem Kapp-Putsch ihre große Stunde gekommen«, sagt Siemens.

Die beiden Namensgeber und Protagonisten waren schon vor der Ausrufung der Republik als Feinde einer liberalen, demokratischen Ordnung auffällig geworden – wenngleich in unterschiedlichen Positionen: Der Industrielle Wolfgang Kapp (1858–1922) war Zweiter Vorsitzender der deutschnationalen Deutschen Vaterlandspartei (DVLP), die zwar nur von Oktober 1917 bis Oktober 1918 existierte, aber als erste große Massenorganisation der Rechten im Kaiserreich gilt. Nach eigenen Angaben hatte sie bis zu 1,2 Millionen Mitglieder, neuere Untersuchungen gehen von der Hälfte aus. Finanziell wurde sie von der rheinisch-westfälischen Montanindustrie und einflussreichen Industriellen wie Hugo Stinnes und Alfred Hugenberg unterstützt. Weitere Mitglieder waren die Konzernleiter

Wilhelm von Siemens, Ernst von Borsig und Carl Duisberg.

Walther von Lüttwitz (1859-1942) war im Ersten Weltkrieg Kommandeur. Nach der Novemberrevolution leitete er die Niederschlagung des »Spartakusaufstandes«, die ihm unterstellte Truppen waren auch an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt. Im Mai 1919 wurden ihm schließlich alle militärischen Truppen im Reich unterstellt, um im Konfliktfall gegen Gegner der Republik vorgehen zu können. Die Regierung Ebert reagierte damit auch auf die Münchner Räterepublik, die kurz zuvor mit Hilfe der Reichswehr und Teilen der Freikorps blutig niedergeschlagen worden war. Nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags wehrte sich Lüttwitz gegen die vorgeschriebene Verminderung der Truppenstärke des Heeres und vor allem gegen die Auflösung der Freikorps. Er nutzte seine Position, um nur wenige Wochen später zum Sturz der Republik aufzurufen.

»Der Putsch selbst war entsprechend schlecht vorbereitet und entfaltete auch keine Massenwirkung«, sagt Siemens. Am frühen Morgen des 13. März besetzte Lüttwitz mit der Marinebrigade Ehrhardt das Berliner Regierungsviertel und ernannte Kapp, mittlerweile Reichstagsabgeordneter der antisemitischen und völkischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), zum Reichskanzler. Kommandeur der »Brigade Ehrhardt« war Hermann Ehrhardt. Das 5000 Mann starke Korps bestand ursprünglich aus Offizieren und Unteroffizieren der Marine, die später durch Truppen verstärkt wurden, die 1919 in Lettland gegen die sowjetische Armee gekämpft hatten. Die Brigade fiel dadurch auf, dass ihre Mitglieder Stahlhelme mit aufgemalten Hakenkreuzen trugen – noch bevor dieses zum Symbol der kurz zuvor gegründeten NSDAP wurde. Sie gaben sich offen regierungs- und demokratiefeindlich. Auf die Verfügung ihrer Auflösung vom 20. Februar 1920 antworteten sie nur einen Tag später mit einer großen Parade in Berlin.

Da die Reichswehr nicht bereit war, gegen die Putschisten militärisch vorzugehen, floh die Regierung um Reichskanzler Ebert und Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) aus Berlin. »Als Kapp am 13. März 1920 Berlin eroberte, konnte (...) Noske in ganz Berlin keinen regierungstreuen Soldaten finden«, schrieb der Publizist Emil Julius Gumbel in seinem 1922 erschienenen Buch »Vier Jahre politischer Mord«, um das Dilemma und Versagen der Regierung Ebert zu verdeutlichen, die sowohl beim »Spartakusaufstand« als auch nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches im Kampf gegen die »Rote Ruhrarmee« die Unterstützung der Freikorps in Anspruch nahm. »Nach dem kläglichen Scheitern des zuerst gegen die Bolschewisten, dann gegen die lettische Regierung geführten Kampfes fluteten die Baltikumer (Brigade Ehrhardt und andere Freikorps, Anm d. Red.) nach Deutschland zurück. Sie war die Grundlage für den Kapp-Putsch, der ja auch mit der Fiktion des Kampfes gegen den Bolschewismus inszeniert wurde. Kaum war er gescheitert, so rief die Ebert-Regierung, die vor den aufrührerischen Truppen hatte flüchten müssen, dieselben Truppen zum Kampf gegen die Arbeiter ins Rheinland. Natürlich mussten so die am Kapp-Putsch beteiligten Truppen dieses Unternehmen für vollkommen legal halten«, schrieb Gumbel.

Am Nachmittag des 13. März riefen schließlich Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) und der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Carl Legien, gemeinsam zum

Generalstreik gegen den Kapp-Putsch auf: »Die deutsche Republik ist in Gefahr!« Im Ruhrgebiet kämpfte die »Rote Ruhrarmee« gegen die Putschisten, der Generalstreik, an dem sich rund zwölf Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligten, legte das öffentliche Leben lahm. Am 16. März brach der Putsch zusammen.

Die von Anhängern der KPD und USPD getragene, etwa 50 000 Bewaffnete zählende »Rote Ruhrarmee« beherrschte nun das rheinisch-westfälische Industrievier. Nach erfolglosen Einigungsversuchen der Reichsregierung mit den Aufständischen begann am 3. April 1920 der Einmarsch von Regierungstruppen in das Ruhrgebiet. Unterstützung erhielten Regierung und Armee in ihrem »Kampf gegen den Bolschewismus« auch hier von den Freikorps. Der wenige Tage dauernde Niederschlagung des Aufstands fielen 1 000 Aufständische und mehr als 200 Reichswehrsoldaten zum Opfer.

Die Abwehr des Kapp-Putsches wurde von den siegreichen Parteien und auch in der späteren Analyse nicht als Erfolg gewertet, obwohl es der Regierung mit Hilfe der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, Teilen der linken Opposition, aber auch loyalen Soldaten, Beamten und Polizisten gelungen war, die Demokratie zumindest für die kommenden Jahre zu retten. »Im Nachhinein ist es leicht zu sagen, hier hat die Republik versäumt, ein positives zweites Gründungsereignis zu schaffen und zu erinnern. Aber wie schon bei der Revolution von 1918/19, so war auch die Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die anschließende Gewalt, besonders im Ruhrgebiet, ein solch polarisierendes Ereignis, dass die Demokraten sich nicht emphatisch darauf berufen wollten und konnten«, sagt Siemens.

Wie brüchig die Allianzen waren, zeigten unter anderem die Urteile, die gefällt wurden. Von den 775 Verfahren im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch endete nur eines mit einem Urteil: Der frühere Polizeipräsident von Jagow aus Berlin wurde zu fünf Jahren »Ehrenhaft« verurteilt. Kapp war vor dem Beginn des Verfahrens gestorben, Lüttwitz und andere Protagonisten wie die Majore Waldemar Pabst und Josef Bischoff waren ins Ausland geflüchtet. General Erich Ludendorff wurde nicht angeklagt, weil das Gericht seine Ausrede akzeptierte, er sei nur »zufällig dabei gewesen«. »Die Justiz rechnete den Putschisten regelmäßig ihre angeblich »vaterländische Gesinnung« positiv an, entsprechend milde fielen die Urteile aus«, sagt Siemens. Andere Generäle wurden als »Mitläufer« eingestuft und freigesprochen. Zum Vergleich: Nach dem Zusammenbruch der bayerischen Räterepublik im Jahre 1919 fällten die Gerichte die folgenden Urteile: 407 Personen: Festung, 1 737 Personen: Gefängnis, 65 Personen: Zuchthaus.

Mit der Niederschlagung des Kapp-Putsches war der rechte Terror allerdings nicht vorbei. Die rechtsextreme Untergrundgruppe »Organisation Consul« (OC), die sich aus Mitgliedern der Brigade Ehrhardt zusammensetzte, ermordete Anfang der zwanziger Jahre den ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (Zentrum) und Außenminister Walter Rathenau (DDP). Erzberger war einer von vier deutschen Delegierten, die im Jahr 1918 den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnet hatten, der linksliberale Rathenau wurde vor allem wegen seiner jüdischen Herkunft von der »Weimarer Rechten« antisemitisch attackiert.

Die Morde an Erzberger und Rathenau, an linken Politikern wie Hugo Haase (USPD) aber auch die versuchten Attentate auf sozialdemokratische und nationalliberale Politiker wie Philipp Scheidemann und Gustav Stresemann sorgten schließlich dafür, dass die Regierung von Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) im Jahr 1922 das so genannte Republikschutzgesetz erließ. »Obwohl sie damit vor allem auf die rechten Mordanschläge reagierte, wurde das Gesetz später vor allem gegen linke Kritiker, vermeintliche ›Republikfeinde‹, angewendet«, sagt Siemens. Zur Stabilisierung der Demokratie habe das Republikschutzgesetz daher nur wenig beigetragen.

Der »weiße Terror« war vorerst beendet, politisch konnten aber vor allem die Nationalsozialisten vom Kapp-Putsch und den rechtsextremen Attentaten profitieren. Personell gab es allerdings nur wenig Überschneidungen. Die Protagonisten des Putsches hatten Probleme, in der neuen »Bewegung« Fuß zu fassen. Lüttwitz kehrte 1925 nach einer Amnestie aus dem ungarischen Exil zurück und starb 1942, ohne politisch wieder aktiv gewesen zu sein. Ehrhardt unterhielt schon früh Kontakte zu Hitler und beteiligte sich im am Marsch auf die Feldherrenhalle. Teile seiner Brigade und der Organisation Consul schlossen sich der SA und der SS an. Die »Brigade Ehrhardt im Verbande der SS« wurde bereits 1934 aufgelöst. Erhardt starb 1971. Ludendorff unterstützte Hitler und die NSDAP zunächst, distanzierte sich aber spätestens nach der »Machtergreifung« von dessen Politik – wobei der General an seiner stramm deutschnationalen und antisemitischen Haltung festhielt.

Auch wenn der Kapp-Putsch bei Vertretern der Neuen Rechten nicht als Erfolgsgeschichte gilt, so beziehen sie sich positiv auf Männer wie Gerhard Roßbach, der mit dem »Freikorps Roßbach« während des Putsches an der Ruhr und in Schlesien kämpfte. Er sah seine Aufgabe unter anderem im »Sammeln von Männern, um Soldaten daraus zu machen«. Sie sollten »zerstören und in Stücke hauen, was zerstört werden soll. Skrupellos leben und unerbittlich hart sein. Das Geschwür auf dem kranken Volkskörper muss aufgeschnitten und ausgepresst werden, bis das rote Blut herausfließt. Man muss es eine gute Weile rinnen lassen, bis der Körper gereinigt ist.« Die Rhetorik findet sich nicht zufällig bei Teilen der AfD wieder: »Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken«, denn nur dann werde man »mannhaft« und »wehrhaft« sein, rief Björn Höcke etwa seinen Kameraden auf dem AfD-Parteitag im November 2015 zu. André Poggenburg, damals noch Mitglied der AfD, bezeichnete wenig später linke Studenten als »Wucherung am deutschen Volkskörper«.

Der neurechte Autor Nils Wegner fragte vor einigen Jahren in der Jungen Freiheit, nachdem er die »Winterakademie« des »Instituts für Staatspolitik« besucht hatte, deren damaliges Thema der Kapp-Putsch war: »Was aber ist letztlich für viele noch immer derart faszinierend am ziemlich kläglich gescheiterten Versuch eines gewaltsamen Umsturzes gegen die Weimarer Republik?« Er gab darauf selbst die Antwort: »Letztlich steht dahinter die grundsätzliche Annahme, dass es für einen fundamentalen Umschwung – deutlich mehr also als die vielbemühnte ›Tendenzwende‹ – letztlich quer durch die Menschheitsgeschichte immer erst einen Zustand der tabula rasa braucht, um einem ›objektiven Gegengeist‹ den Durchbruch zu ermöglichen.« Die Morde an Erzberger und Rathenau kommen in dem Beitrag vor, ohne dass sich der Autor davon distanziert. Der Mord an Walter Lübcke fand knapp 100 Jahre später statt, und auch er hat gezeigt, dass

die Ideologie, die zum Kapp-Putsch, zu den Fememorden und letztlich zum Untergang der Weimarer Republik geführt haben, bis heute überleben konnte.